

## **Resolution Nr. 41 des dbv**

angenommen von der  
Mitgliederversammlung des dbv  
am 28.03.2003 in Arnoldshain



**In Zukunft  
sind wesentlich klarere, energische Schritte für den Frieden  
schon in den frühen Phasen der Kriegsvorbereitung  
oder des Aufbaus einer „militärischen Drohkulisse“ erforderlich**

**Bonhoeffer-Verein fordert die Verurteilung von Angriffskriegen**

Mit dankbarer Anerkennung stellt der dbv fest:

- dass die deutschen evangelischen Landeskirchen und die katholische Kirche in Deutschland sich in einer früher nicht selbstverständlichen Weise vom Krieg als Mittel der Politik abgewandt haben
- dass der amerikanische Berufsdiplomat John Kiesling von seinem verantwortungsvollen Posten zurücktrat mit einem offenen Brief an den amerikanischen Außenminister (Vgl. New York Times vom 07.3. 03): „ wir sind dabei, das weit reichendste und effektivste Netzwerk internationaler Beziehungen zu zerstören, das es je gab. Unser Kurs wird zu mehr Instabilität und Gefahr führen, nicht zu mehr Sicherheit.“
- dass auf die Anfrage des dbv an alle Bundestagsfraktionen die Regierungsparteien SPD und Grüne sich in ihren Antworten mit einer klaren Ablehnung des Irakkrieges äußern. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Gernot Erler schrieb: „Lange Zeit gab es auf der Grundlage internationaler Verträge einen Konsens über allseitige Abrüstung als Kernstrategie für den Frieden in der internationalen Politik. Die Entscheidung über den Irakkrieg führt aus diesem Konsens heraus in eine Welt, die nicht auf Vertrag oder Konsens, sondern allein auf der Macht beruht. Das ist keine Weltordnung, in der wir leben wollen.“
- Demgegenüber haben die Worte im Brief des außenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Dr. Friedbert Pflüger, enttäuscht („der Einsatz militärischer Mittel als ultima ratio dürfe nicht ausgeschlossen werden“). Dies können wir ohne nähere Qualifizierung nicht verstehen und auf den Irakkrieg bezogen ohnehin nicht. Wir werden die CDU um einen ergänzenden Dialog bitten., weil wir sicher sind, dass christliche Friedensethik auch ihren Platz in der Christlich- Demokratischen Union haben kann.

Wir betrauern die menschlichen Tragödien, die sich als Folge des „unmenschlichen, ungerechten, unnötigen und provozierenden Krieges“ ergeben (Worte der amerikanischen Quäker, FCNL) und wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Wesentlich klarere, energische Schritte für den Frieden sind schon in den frühen Phasen der Militarisierung einer Region (oder des Aufbaus einer „militärischen Drohkulisse“) erforderlich, um eine Eskalation durch die Politik (auch einer Supermacht) zu verhindern, die sonst uns alle in einen Dritten Weltkrieg ziehen könnte. Wir erwarten aus der Ablehnung dieses Krieges durch die Kirchen und die Regierungsparteien klare Konsequenzen für das weitere politische Handeln und die strikte Einhaltung von Grundgesetz und Völkerrecht. Wie von unserer Verfassung verlangt (Art. 26 GG), soll von Deutschland kein Angriffskrieg ausgehen oder unterstützt werden.